

# Wahlen in Aserbaidtschan: Autoritäre Konsolidierung statt demokratischer Wettbewerb

10.10.2013



By SKopp and others, Wiki. Commons

Zum Ausgang der Präsidentschaftswahl in Aserbaidtschan erklären Viola von Cramon, Sprecherin für EU-Außenbeziehungen, und Marieluise Beck, Sprecherin für Osteuropapolitik:

Die Präsidentschaftswahl in Aserbaidtschan war eine Farce. Alijew wahrt noch nicht einmal den Schein freier und fairer Wahlen und demonstriert damit seine Missachtung für demokratische Werte. Der Autokrat lässt kein Mittel ungenutzt, um sich sein Wunschergebnis zu basteln. Entsprechend scharf kritisiert die Beobachtungsmission der OSZE die Wahl.

Damit setzt das Regime seinen autoritären Kurs fort. Seit zwanzig Jahren sind Wahlen in Aserbaidtschan weit davon entfernt, demokratische Standards zu erfüllen. In der jüngeren Vergangenheit hat die Unterdrückung kritischer Stimmen noch zugenommen. Demonstrationen wurden gewaltsam aufgelöst, kritische Journalistinnen und Journalisten massiv unter Druck gesetzt. In politisch motivierten Prozessen wurden zahlreiche Menschen zu teils hohen Haftstrafen verurteilt. Erst vor wenigen Monaten wurde das Demonstrationsrecht verschärft, kritischer Online-Aktivismus erschwert. Die 2009 von Alijew durchgesetzte Verfassungsänderung, die dem Präsidenten eine unbegrenzte Amtszeit ermöglicht, war ein schwerer Rückschlag für die demokratische Perspektive des Landes.

Die Politik Alijews ist repressiv, modernisierungsfeindlich und kurzfristig. Die Einnahmen aus dem Rohstoffexport kommen nach wie vor hauptsächlich einer kleinen Elite aus dem Umfeld der Präsidentenfamilie zugute. Eine dringend notwendige gesellschaftliche Öffnung, Anti-Korruptionsmaßnahmen und die Diversifizierung der aserbaidtschanischen Wirtschaft bleiben

aus. Statt nachhaltiger Stabilität befördert das Regime auf diese Weise soziale und politische Spannungen.

Die Bundesregierung ist aufgerufen, sich stärker als bisher um schnelle und unbürokratische Unterstützung für die aserbaidische Zivilgesellschaft zu bemühen. Ein geeignetes Instrument hierzu könnte das European Endowment for Democracy (EED) sein. Die Visumpflicht der EU muss schnellstmöglich aufgehoben werden, um gesellschaftsübergreifenden Austausch zu fördern und demokratische Kultur erlebbar zu machen.

**Kategorie:**

[Pressemitteilungen](#) <sup>[2]</sup>

**Thema:**

[Weiteres](#) <sup>[3]</sup>

©2005 - 2013 Bundestagsbüro Marieluise Beck

---

**Source URL:** <https://marieluisebeck.de/artikel/10-10-2013/wahlen-aserbaidische-autoritaet-rekonsolidierung-statt-demokratischer-wettbewerb>

**Links:**

[1] <https://marieluisebeck.de/file/flaggeaserbaidische.jpg>

[2] <https://marieluisebeck.de/kategorien/pressemitteilungen>

[3] <https://marieluisebeck.de/themen/weiteres>